

# Protokoll der Sitzung des Bezirksteilhabebeirates Mitte am 28.06.2023

(im Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, Raum 444, 16:00 bis 18:00 Uhr)

## **Teilnehmende:**

### **Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen:**

1. Nolting, Claudia (Stellv.)
2. Krüger, Joachim
3. Probst, Herbert
4. Tall, Amina
5. Terhardt, Susanne

### **Vertretungen der Leistungserbringenden:**

6. Reich, Daniela
7. Noack, Marie
8. Leucht-Kliefken, Ulrike

### **Bezirklicher Steuerungskreis:**

9. Feige, Marcus
10. Bräunlich, Manuela

### **Bezirkliche Psychiatrie- oder Suchthilfeoordination:**

11. Koziolk, Carsten

### **Beauftragter für Menschen mit Behinderungen:**

12. Giese, Jan Karsten

### **Nicht Stimmberechtigte/ Gäste:**

13. Frost, Jördis
14. Schenk, Theresa
15. Sasse, Merle

**Moderation:** Herr Krüger - Vorstandsvorsitzender

**Protokoll:** Frau Sasse - Soz 4 SRK

## Tagesordnung:

### **TOP 1 - Begrüßung**

- Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Krüger.

### **TOP 2 - Protokolle der letzten Sitzungen**

- Bezüglich des Protokolls der letzten Sitzung gibt es keine Änderungswünsche, das Protokoll wird einstimmig angenommen.

### **TOP 3 - Protokollfrage/Moderation**

- Frau Sasse schreibt Protokoll, Herr Krüger übernimmt die Moderation.

## TOP 4 - Benennung der Vertretungen

### I. Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen (5+5 Stellvertretungen)

- Herr Giese teilt die aktuelle Liste der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen im Bezirksteilhabebeirat Mitte mit: Dominic Granson; Herbert Probst; Amina Tall; Susanne Terhardt; Joachim Krüger
- Aktuelle Liste der Stellvertretungen: Claudia Nolting; Sevgi Bozdag; Lisa Schunke; Rita Krüger- Bieberstein; Hedi Menge

### II. Interessensvertretungen der Leistungserbringer (4+4 Stellvertretungen)

- Aktuelle Liste der Interessensvertretungen der Leistungserbringer: Ulrike Leucht- Klieffen (Vertretung: Alexandra Richter); Marie Noack (Noch keine Vertretung); Daniela Reich (Noch keine Vertretung); Susanne Frerichs (Noch keine Vertretung)
- Frau Frost wird als Vertretung von Manuela Bräunlich (Bezirklicher Steuerungskreis: Teilhabefachdienst Jugend) vorgestellt.

### III. Antrag Teilhabefachdienst (Fr. Bräunlich; Ergänzung um Interessensvertretungen Leistungserbringer Bereich Jugend)

Der Antrag erübrigt sich durch die Teilnahme von Frau Noack von Lebenswelt, durch sie ist auch der Bereich Jugend vertreten.

### IV. Antrag der Seniorenvertretung (Entsendung einer Person) / V. Antrag des Gesundheitsamtes (Entsendung einer Person)

- Die Seniorenvertretung (SVM) und das Gesundheitsamt wollen jeweils eine Person in den Beirat entsenden, ggf. auch ohne Stimmrecht.
- Herr Giese betont, dass ein Stimmrecht in diesem Fall die Stimmrechtsverhältnisse zuungunsten der Menschen mit Behinderungen verschieben würde. Aus diesem Grund wäre ein Stimmrecht nicht wünschenswert. Da Herr Probst, welcher bereits im Beirat sitzt, ebenfalls Mitglied der SVM ist, wird über die Sinnhaftigkeit der Teilnahme einer weiteren Vertretung der SVM diskutiert. Es wird sich auf Folgendes geeinigt:
  - Die Teilnahme von Dauergästen ist grundsätzlich möglich, wenn darüber abgestimmt wurde. Diese Dauergäste hätten dann kein Stimmrecht. Ein Rederecht wird ggf. vom Vorstand erteilt.
  - Gäste z.B. Expert\*innen, welche nicht regelmäßig teilnehmen, können über die Geschäftsstelle angemeldet werden. Falls die Anzahl irgendwann den Rahmen sprengen sollte, muss darüber noch mal diskutiert werden

- Es wird über Folgendes Abgestimmt:
  - Entsendung eines Dauergastes durch die Seniorenvertretung: Abgelehnt
  - Entsendung eines Dauergastes durch das Gesundheitsamt: Einstimmig angenommen

#### **TOP 4 - Wahl des Vorstandes**

- Herr Giese beantragt, aus dem Vorstand entlassen zu werden.
- Es wird nach Vorschlägen für einen Ersatz gefragt: Es werden keine Vorschläge für einen neuen Vorstand erbracht.
- Es wird über Folgendes abgestimmt:
  - Antrag Herr Giese aus dem Vorstand entlassen zu werden: 8 Stimmen dafür, keine Gegenstimmen, 4 Enthaltungen. Herr Giese ist somit aus dem Vorstand abberufen.

#### **TOP 5 - Qualitätskontrolle in der EGH: Fahrdienste und sexuelle Übergriffe auf beförderte Personen (insb. Frauen)**

- Anlässlich eines kürzlich gemeldeten Falls bringt Herr Giese die Problematik von sexuellen Übergriffen im Kontext von Fahrdiensten auf beförderte Personen, insb. Frauen ein. Er fragt nach einer Qualitätskontrolle der Fahrdienste im Zuge der EGH durch die Teilhabefachdienste. In der Diskussion wird des Weiteren erfragt, ob von den Fahrdiensten erweiterte Führungszeugnisse gefordert werden. Außerdem wird die Wichtigkeit einer solchen Kontrolle betont, nicht zuletzt, weil es sich um eine besonders vulnerable Zielgruppe handelt.
- Herr Koziol merkt an, dass die Zulassung der Fahrdienste beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten liegt und dass aufgrund des Personalmangels häufig auf Taxiunternehmen zurückgegriffen wird, was die Kontrolle von Führungszeugnissen weiter erschwert.
- Herr Feige erklärt, dass die Fahrdienste keine Verträge mit dem Land Berlin machen und es deshalb aktuell keine direkten Möglichkeiten der Kontrolle gibt.
- Herr Giese entgegnet, dass die Beförderung zur Werkstatt/Schule usw. ja dennoch zur Eingliederungshilfe gehört und durch diese bezahlt wird.
- Man einigt sich darauf, dass dies ein Thema ist, welches nicht auf bezirklicher Ebene gelöst werden kann, sondern an den Berliner Teilhabebeirat herangetragen werden sollte. Herr Krüger erklärt sich bereit, einen Text an den Berliner Teilhabebeirat zu formulieren und diesen mit einer kurzen Frist zur Stellungnahme an die Beiratsmitglieder zu übersenden.

#### **TOP 6 - Nächste Sitzungstermine z.K. 13.09.2023**

- Der Termin (13.09.2023) wird auf den 18.10.2023 verschoben.

#### **TOP 7 - Benennung und Entsendung der Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen in den Widerspruchsbeirat nach §34 (2) Buchstabe e) AZG Berlin**

- Liste der Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen im Widerspruchsbeirat: 1. Claudia Nolting; 2. Ursula Pönitz; 3. Madeleine Vogt (Vorläufig gestrichen); 4. Nicht besetzt; 5. Nicht besetzt
  - Vertretung: 6. Claudia Österreich
  - Die Interessensvertretung der Menschen mit Behinderungen im Bezirksteilhabebeirat hat bei Madeleine Voigt Vorbehalte, deshalb wird sie vorerst von der Liste gestrichen.
- 
- Es wird über die Tatsache diskutiert, dass der Widerspruchsbeirat schon länger als der Bezirksteilhabebeirat existiert, Mitglieder des Widerspruchsbeirates aber laut § 34 AZG Buchstabe e) durch den Bezirksteilhabebeirat entsendet werden sollen. Im Widerspruchsbeirat sitzen demnach bereits Mitglieder, welche nicht vom Bezirksteilhabebeirat ausgewählt wurden.
  - Es wird von mehreren Seiten kritisiert, dass die Zusammensetzung des Widerspruchsbeirates nicht gesetzeskonform (§ 34 AZG Buchstabe e) sei, da die Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen erstens nicht alle durch den Bezirksteilhabebeirat ausgewählt wurden und zweitens, weil es sich bei diesen größtenteils um Vertretungen von Leistungserbringern handele. Außerdem seien einige der ausgewählten Personen nicht über ihre Teilnahme am Widerspruchsbeirat informiert worden.
  - Frau Nolting merkt an, dass sie aktuell die einzige Vertreterin der Menschen mit Behinderungen ist, obwohl es laut § 34 AZG Buchstabe e) fünf sein müssten.
  - Herr Feige erklärt, dass aufgrund der nicht Existenz des Teilhabebeirats eine Behelfslösung gefunden werden musste. Dafür hat man in der PSAG Vorschläge entwickelt und diese durch die BVV und das BA abstimmen lassen.
  - Man einigt sich darauf, dass es durch die Konstituierung des Bezirksteilhabebeirates nun zu einer Neubenennung der Mitglieder durch denselben kommen wird.
- 
- Herr Giese bringt einen Antrag ein, den er bereits mehrmals an die Rechtsstelle/Widerspruchsstelle des Amtes für Soziales gerichtet hatte. Dieser fordert Auskunft über die Mitglieder und Auswahlverfahren derselben im Widerspruchsbeirat der letzten vier Jahre. Dies wird laut Giese auch rückwirkend benötigt, um die Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen kontrollieren zu können. Die Anfrage soll durch die Abfrage des aktuellen Standes ergänzt werden. Es wird abgestimmt ob die Anfrage im Namen des Teilhabebeirates an die Rechtsstelle des Amtes für Soziales übermittelt werden soll:
    - Antrag wird angenommen, 1 Enthaltung

## TOP 8 - Antrag feste Tagesordnungspunkte (Herr Giese BB)

### I. Beschlusserledigungen/ Wiedervorlagen

- Beschlusserledigungen: zur Nachhaltung der vergangenen Beschlüsse.
- Wiedervorlage: noch ausstehender Fragen.

## II. Themenspeicher

- Wichtige Themen für die Zukunft, die aktuell nicht bearbeitet werden können.
- Der Themenspeicher soll bei der Geschäftsstelle liegen.
- Frau Leucht-Kliefken schlägt vor, dass Themen für den Themenspeicher möglichst mit einer kurzen Begründung versehen werden sollten.
  - Abstimmung über die Einbindung von Beschlusserledigungen/Widervorlagen und eines Themenspeichers als feste Tagesordnungspunkte: Einstimmig angenommen.

## TOP 9 - Website

- Der aktuelle Stand der Website wird durch Frau Sasse vorgestellt.
- Die PSAG wird sich darüber verständigen, inwiefern die vertretenen Träger genannt werden sollen oder ob die PSAG verlinkt werden soll.
- Die Sucht- und Psychiatriekoordination, der Behindertenbeirat, die Teilhabefachdienste Soziales und Jugend sollen per Link vernetzt werden.
- Die Teilnehmenden sind damit einverstanden, dass ihre E-Mail-Adressen auf der Website zu sehen sind.
- Herr Giese merkt an, dass die Seite langfristig barrierefrei werden muss (leichte Sprache und Gebärdensprache).
- Der aktualisierte Stand der Website wird durch die Geschäftsstelle an die Mitglieder zur Überprüfung versandt.

## TOP 10 - Aktuelles

I. Frau Nolting fordert, dass der Teilhabefachdienst fachlich besetzt werden soll und stellt die Frage in den Raum, wie man die Mitarbeitenden besser qualifizieren kann

II. Frau Nolting erklärt, dass die Sprache in der Verwaltungsmitarbeitende mit Kund\*innen kommunizieren („Verwaltungsdeutsch“) für viele nur schwer verständlich ist und merkt an, dass eine einfachere Sprache wünschenswert wäre.

III. Frau Nolting äußert den Wunsch, dass der Allgemeine Sozialdienst und die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen verbindlich in Fallkonferenzen mit einbezogen werden sollen

- Alle drei Punkte auf Wiedervorlage.